



SPD entwickelt Maßnahmenpaket für Strukturwandel

In einem Workshop der SPD-Landtagsfraktion im Knapsacker Feierabendhaus wurden zahlreiche Maßnahmen, Projekte und Forderungen ausgearbeitet, mit denen der laufende Strukturwandel im Rheinischen Revier zu einem Gewinn für Menschen und Region wird. Neben der Arbeit in Kleingruppen gab es auch einige hervorragende Impulsvorträge aus Wirtschaft und Forschung. Besonders hervorheben möchte ich den Beitrag des Vorstandsvorsitzenden des Forschungszentrum Jülich, Prof. Dr. Marquardt. Eindrucksvoll zeigte er Potentiale der Region auf, die aktiviert werden können, wenn wir offen bereit sind die Energiewende zu gestalten.

ten. Dabei können etwa die sich wandelnde Energiewirtschaft und moder-



ne Bioökonomie nahtlos ineinandergreifen. Die Ergebnisse des erfolgreichen Workshops werden unmittelbar in die politische Arbeit der SPD aufgenommen und von mir in den kommenden Ausgaben vorgestellt.

Zwei Kraftwerksblöcke in Niederaußem gehen vom Netz

Am vergangenen Montag sind zwei Kraftwerksblöcke im Kraftwerk Niederaußem mit jeweils 300 Megawatt Leistung in die Sicherheitsbereitschaft überführt worden, bevor sie in vier Jahren endgültig stillgelegt werden. In einem feierlichen Akt bei dem viele hundert Bergleute anwesend waren, wurden die Blöcke vom Netz genommen. Die Maßnahme ist Teil des bereits laufenden CO₂-Einsparungen der Energieindustrie. Bis 2030 werden so ca. 50% weniger CO₂ als noch 2015 ausgestoßen. Um es ganz klar zu sagen: Kein anderer Sektor (z.B. Verkehr oder Bau) schafft auch nur annähernd eine ähnliche Reduzierung. Ich habe in einer kurzen Rede deutlich gemacht, dass wir den immensen Beitrag der Bergleute zu unser aller Wohlstand nicht vergessen dürfen. Bund und Land sind in der Pflicht den laufenden Strukturwandel in unserer Heimat intensiv zu unterstützen.



Beweislast bei Braunkohlebergenschäden umkehren!

Für Betroffene von Bergschäden im Steinkohlebergbau gilt seit langem, dass die Beweislast bei den ehemaligen Zechenbetreibern liegt und diese beweisen müssen, dass ein Schaden **nicht** als Folge des Bergbaus entstanden ist. Eine solche Regelung gibt es für die Menschen im Rheinischen Revier noch nicht.

Ich habe im letzten Unterausschuss für Bergbausicherheit, der thematisch zuständig ist, als Sprecher der SPD-Fraktion darauf gedrängt, dass die Landesregierung weiter daran arbeitet, dass auch bei uns eine vergleichbare Regelung gefunden wird. Bereits 2014 hatte die damalige SPD-geführte Landesregierung einen entsprechenden Anlauf unternommen. Die Bundesregierung verlangt aber, dass im Vergleich zum Steinkohlebergbau ergänzende Regelungen geschaffen werden. Dies ist im zuständigen Länderausschuss Bergbau bisher noch nicht gelungen. Die Landesregierung will aber die Initiative der letzten Landesregierung übernehmen und in einem der kommenden Termine vom Fortgang berichten.

Ich werde mich weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass die Position von geschädigten Bürgern gegenüber Großkonzernen deutlich gestärkt wird.

Ihr